

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im  
Gemeinderat Leonberg für das Jahr 2022**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn, sehr geehrte Frau Erste  
Bürgermeisterin Schmid, sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,  
meine Damen und Herren,

am 26. Oktober anlässlich der Lesung des Haushaltes habe ich auf meine  
Nachfrage, weswegen der Kostenansatz für die Personalkosten um 600.000  
EURO für 2022 niedriger angesetzt wurde, als im laufenden Haushaltsjahr,  
die Antwort erhalten, dass die Zahl realistisch sei und bereits eine Kosten-  
steigerung und die zusätzlichen Personalstellen berücksichtigt worden wären,  
überdies jedoch der von der Verwaltungsspitze verordneten pauschalen  
Kürzung des Haushaltes hätte Rechnung getragen werden müssen.

Auch in weiteren Kostenansätzen für den künftigen Haushalt war die  
pauschale Kürzung von 15 % das Maß der im Haushalt eingestellten Mittel,  
wobei insbesondere im Bereich der Immobilien mit steigenden Sach- und  
Energiekosten zu rechnen ist. Etwaige Lücken sollten -so die Verwaltung-  
über das Budget ausgeglichen werden.

Was bedeutet das für uns im Ergebnis: Um einen genehmigungsfähigen  
Haushalt zu erreichen werden Kostenansätze vom Ergebnis her betrachtet

und hingerechnet; etwaige Deckungslücken, die wohl bewusst in Kauf genommen werden, müssten dann eben durch andere Haushaltspositionen ausgeglichen werden.

Bereits in den zurückliegenden Jahren wurde von zahlreichen Fraktionen im Gemeinderat beanstandet, dass vom Gremium geplante und gewünschte Maßnahmen nicht umgesetzt wurden. So wird es wohl auch dieses Mal kommen. Damit im Ergebnis der Haushaltsansatz irgendwie eingehalten werden kann, entscheidet dann die Verwaltung, welche vom Rat beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden. **Dies hat im Ergebnis nichts mit Klarheit und Wahrheit des Haushaltes und insbesondere auch nichts mit der Hoheit des Gemeinderates für den Haushaltsplan zu tun.**

Geplant ist ein Anstieg der Verschuldung auf 101 Millionen €, wobei alleine die zusätzliche Nettoverschuldung im Jahr 2022 um ca. 19 Millionen € zunehmen wird. Dabei ist die Verschuldung der städtischen Eigenbetriebe z.B. Stadtwerke mit Bädern und ÖPNV noch nicht berücksichtigt .

Zudem wird der Haushaltsausgleich auch im Jahr 2022 nur möglich weil ca. 2,5 Million € an Sonderergebnissen (= Grundstücksverkäufe) zur Deckung herangezogen werden.

Im Hinblick auf die zukünftigen Weichenstellungen erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass seit Dezember 2020 die Einwohnerzahl um 200 zurückgegangen ist. Für uns als Rat wäre es wichtig zu wissen, welches die Gründe hierfür sind. In anderen Städten wird an zu- bzw. wegziehende Einwohner ein Fragebogen versandt, der bei der Beantwortung wichtiger Fragen hilfreich ist, wie beispielsweise sich der Bedarf nach Wohnraum, Kindergärten-und Schulplätzen entwickelt.

Bevor wir über bereits begonnene Kindertagesstätten hinausgehende weitere entsprechende Maßnahmen entscheiden, müssen wir zunächst Klarheit über den künftigen Bedarf haben, um auf dieser Grundlage die bereits für das laufende Jahr geforderte Strategiesitzung zielführend durchführen zu können. Vieles, was der Rat in den letzten Jahren beschlossen hat, wurde von der Verwaltung nicht umgesetzt. Diese Rückstände gilt es abzarbeiten. Selbst die Verwaltung redet mittlerweile von Konsolidierung und Priorisierung; insbesondere im Hinblick auf die Priorisierung fehlt es aber an jeglicher Initiative.

Mehr denn je gilt unsere bereits in der Vergangenheit wiederholt geäußerte Auffassung, dass erst beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden müssen, bevor weitere Ausgaben angestoßen werden.

## **Personal**

Ein strukturelles Problem sehen wir im Bereich des Ordnungsamtes. Nach

unserer Auffassung hat sich die Nichtbesetzung der Stelle des Leiters/der Leiterin des Ordnungsamtes nicht bewährt. Hierüber muss diskutiert werden.

Bereits in unserer Erklärung für das laufende Haushaltsjahr haben wir beanstandet, dass die für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Ansatz gebrachten Kosten sich seit dem Jahr 2019 stark erhöht hatten. Deswegen lehnen wir die Schaffung einer Stelle für ein Volontariat im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ab.

Die Verwaltung möge sich auf ihre Kernaufgaben besinnen und erst dort ihre Hausaufgaben machen, bevor sie den Schwerpunkt auf die Außendarstellung legt.

Hinterfragt werden muss auch, ob tatsächlich 4 zusätzliche Stellen im Amt für Informations- und Kommunikationstechniken für die Systemadministration und den Support erforderlich sind. Wir gehen davon aus, dass auf Dauer mit 3 Stellen die entsprechenden Aufgaben erledigt werden können, zumal in diesem Bereich aufgrund der bestehenden Nachfrage am Arbeitsmarkt es schwerfallen dürfte, die entsprechende Anzahl an geeigneten Bewerbern zu finden.

Überdies ist in Anbetracht der Haushaltslage die Frage angezeigt, ob ein Stellenzuwachs auf der einen Seite nicht durch Stellenabbau an anderer Stelle kompensiert werden kann.

Wir lehnen die Ausweitung der Stelle zur unterstützenden Sachbearbeitung in der Personalabteilung um 50 % ab. Die Maßnahme wird von der Verwaltung damit begründet, dass aufgrund der Personalfluktuations zusätzliche Arbeiten anfallen. Unser Ziel muss es sein, die Fluktuation auf ein normales Maß zurückzuführen, und nicht den Verwaltungsapparat aufzublähen.

Auch bedarf die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Abteilungsleitung für den technischen Bereich beim Gebäudemanagement der Erläuterung.

Wäre eine Entlastung nicht bereits durch die Besetzung bereits bestehender und aufgrund des Weggangs von bewährten Mitarbeitern vakanter Stellen möglich?

Weswegen soll eine Stelle im Bereich der Umweltplanung um 25 % aufgestockt werden, wo derzeit noch die Stelle des Klimamanagers unbesetzt ist?

### **Infrastruktur/Straßenbau/Radwege**

Bereits in der Vergangenheit hatten wir eine strukturelle Planung gefordert. Insbesondere steht das bereits mehrfach geforderte Gesamtkonzept für die Straßen der Zukunft im Bereich der neuen Stadtmitte/Eltinger Straße noch aus.

In die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2025 hat die Verwaltung hier Mittel von über 18 Millionen € eingestellt, wofür alleine 15 Millionen € für die Straßenumgestaltung in der Kernstadt, mithin im oben angesprochenen

Bereich, vorgesehen sind.

Unabhängig davon, dass die für den Planungshorizont vorgesehene Förderung des Landes in Höhe von ca. 50 % noch nicht einmal beantragt ist, geschweige denn in Anbetracht der Haushaltslage des Landes wahrscheinlich ist, sind wir nicht bereit, für das Jahr 2022 bereits 4,2 Millionen €, wie gefordert, zu bewilligen. Die Verwaltung muß zuerst anhand eines Gesamtkonzepts die konkreten Straßen und Maßnahmen benennen.

Stattdessen sind wir bereit, einen Betrag in der Größenordnung von 800.000 € für bereits fertig geplante Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus zum Zwecke der Umsetzung einzustellen.

Effizienz der Verwaltung bedeutet für uns auch, dass bei der Stadt bereits vorhandene Personalkapazitäten genutzt werden sollten. Im derzeit vorgelegten Haushaltsplanentwurf sehen wir dies so nicht gegeben.

Inakzeptabel ist auch die Situation bezüglich diverser Radwege.

Offiziell ist der Radweg Richtung Glemseck für Radfahrer gesperrt, wegen angeblicher Bauarbeiten; hier passiert jedoch nichts.

Beim Radweg in Richtung Ditzingen passiert ebenfalls nichts; unseren Informationen zufolge haben seit Februar 2020 keine weiteren Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern stattgefunden.

Auch an der nunmehr fertiggestellten Straße zwischen der Kernstadt und

Höfingen wurden die Radfahrer offensichtlich vergessen; hier muss wenigstens ein Schutzstreifen angelegt werden.

Die Entwicklung von Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Gebersheim (Carl-Zeiss- Straße) sowie Höfingen (nördlich der Röntgenstraße) wird von uns unterstützt.

Bezüglich des Warmbronner Sees mahnen wir dringend die Instandsetzung des Ablaufs an, um Hochwasserschäden, sofern möglich, zu vermeiden. Die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt einzustellen.

Bei diversen Bushaltestellen fehlt ein Regenschutz für die potenziellen Nutzer. Exemplarisch nennen wir hier die Bushaltestelle in Gebersheim in der Ortsmitte, Südseite bzw. an der Haltestelle Ortsmitte Warmbronn. Wenn wir den ÖPNV wirklich fördern wollen, so müssen wir die diesbezüglichen Maßnahmen umsetzen.

Nachdem mittlerweile die coronabedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens zurückgefahren wurden, bitten wir um Mitteilung der Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Finanzsituation unserer städtischen Buslinien als Planungsgrundlage für die Zukunft.

Im Bereich des Postareals und Stadtumbaugebietes stehen wir zu den gefassten Beschlüssen. Es ist nunmehr das Baufeld herzurichten,

Fördermittel müssen abgerufen werden und für sämtliche Beteiligten am Verfahren muss Planungssicherheit geschaffen werden. Mit dem Investor sind im städtebaulichen Vertrag nunmehr die konkreten Zahlungstermine festzulegen.

Im Sinne der Erzielung außerordentlicher Erträge beantragen wir, die städtischen Bauplätze am Heckenweg an den Markt zu bringen.

Nachdem sich beim Bauträger betreffend des ehemaligen TSG-Geländes die Umsetzung des bezahlbaren Wohnens als außerordentlich „zäh“ erweist, hat die Verwaltung die vereinbarte Vertragsstrafe anzufordern .

Die bereits angestoßenen Wohnbaugebiete an der Berliner Straße und im Schützenrain sind mit Nachdruck zu entwickeln. Wir verweisen darauf, dass für beide Gebiete bereits Standorte für Kindertageseinrichtungen vorgesehen sind, so dass sich bei zeitnaher Umsetzung möglicherweise Interimsmaßnahmen erübrigen.

### **Stadthalle**

Wir sind gespannt auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie. Bisläng können wir uns jedoch nicht des Eindruckes erwehren, dass durch die Nichtvornahme gebotener Instandsetzungsarbeiten an der bestehenden Stadthalle, welche auch für den mittelfristigen Fortbetrieb dringend erforderlich sind, durch Nichtstun vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen.



## **Rathäuser**

Wir hatten bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass der Erhalt des Alten Rathauses am Marktplatz für uns eine sehr hohe Priorität genießt. Dazu gehört für uns auch wenigstens die teilweise Weiternutzung als Verwaltungsgebäude.

Vor diesem Hintergrund sind wir bereit, Diskussionen um die ehemalige Schuhfabrik zurückzustellen. Jedoch beantragen wir, zu untersuchen, ob die städtische Kunstsammlung künftig nicht die Räumlichkeiten im Keller des ehemaligen Arbeitsamtes nutzen kann. Unter dem Gesichtspunkt von Brandschutz und fehlenden Fluchtwegen beantragen wir, im Bereich der ehemaligen Schuhfabrik keine städtische Nutzung mehr zu betreiben. Eine Erweiterung des Rathauses am Belforter Platz oder Anmietung zusätzlicher Fremdflächen lehnen wir ab. Hier sind zunächst die Potenziale an Home-Office auszunutzen.

## **Schulen/Kindertageseinrichtungen**

An vordringlicher Stelle sehen wir einen Neubau der Grundschule für den Teilort Warmbronn. Der bestehende Zustand ist unhaltbar. Unhaltbar ist auch, dass hier die letzten anderthalb Jahre nichts passiert ist. Ein Neubau neben dem bestehenden Gebäude oder an einem anderen Standort wäre zu bevorzugen, um Aufwand und Kosten einer Interimslösung zu vermeiden. Das Thema „Interimslösungen“ ist auch ein Reizwort im Zusammenhang mit

der Errichtung von Kindertagesstätten. Bevor wir hier an weitere Maßnahmen denken, sind die künftigen Zahlen in Anbetracht der möglicherweise rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu eruieren und begonnene Baumaßnahmen und Planungen umzusetzen. Weitergehende Maßnahmen sollten vermieden werden. Es bringt niemandem etwas, wenn wir Kindertagegebäude dastehen haben, die möglicherweise mangels Nachfrage nicht benötigt werden oder die mangels Personal nicht betrieben werden können.

### **Verschiedenes**

Eine aktuelle und diffizile Problematik beschäftigt uns mit dem Thema Sportverein. Die bestehenden Irritationen bedürfen einer zeitnahen Klärung. In Anbetracht des breiten Interesses in der Bevölkerung sehen wir hier den Oberbürgermeister gefordert.

Herausragendes geleistet hat im letzten und laufenden Jahr unser Citymanagement im Rahmen der Bewältigung der Folgen von Corona.

Hierfür möchten wir uns bei der Citymanagerin besonders bedanken.

Bedanken möchten wir uns zudem bei den Initiatoren der Petition zum Erhalt des Hubschrauberstandortes am Krankenhaus Leonberg. Im Sinne der Bevölkerung - nicht nur in Leonberg, sondern auch aus dem Umland- halten wir diese Sondereinrichtung für wichtig und am Krankenhaus Leonberg auch für richtig.

Im Rahmen der Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien beantragen wir, die reguläre Bezuschussung von Vereinsmaßnahmen auf 25 % zu begrenzen.

Zwar kann in Ausnahmefällen dieser Satz überschritten werden, sollte dann jedoch in jedem Einzelfall vom zuständigen Gremium beraten und beschlossen werden.

Weswegen sollen wir bei einer allgemeinen Mittelkürzung im Haushalt für das Openair in Warmbronn 4000 € mehr für den Aufbau einer 2. Bühne bezuschussen (Seite 193 des Haushaltsplanentwurfes)? Wurden hier vorab beim Bund Anträge zur Kulturförderung gestellt?

Ferner halten wir es für erforderlich, endlich eine Stellplatzsatzung für das gesamte Gebiet der Stadt auf den Weg zu bringen; durch die umgesetzte Nachverdichtung der Bebauung treten im Bereich der Stellplätze und der Parksituation immer mehr Missstände zu Tage.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Manfred Rommel:

„Wer alles lenken will, steuert gar nichts.“

Dieser Satz birgt Wahrheit in sich.

Für den Rat bedeutet es, dass, wenn er zu viele Ziele im Haushaltsplan festlegt und diese mangels Personalkapazität oder aus sonstigen Gründen nicht umgesetzt werden, der vom Rat beschlossene Haushalt keine

Lenkungswirkung entfalten kann.

Für die Verwaltung und insbesondere die Verwaltungsspitze bedeutet es, dass eine klare Organisation und Akzeptanz der Zuständigkeiten der Handlungsfähigkeit der Verwaltung dient.

Wenn einzelne meinen, hier alles im Detail steuern zu können, so ist dies schlicht und ergreifend ein Irrtum. Ich bitte dies im Sinne einer funktionierenden Verwaltung für unsere Bürgerschaft künftig zu beachten und professionell zusammenzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die Zusammenarbeit bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin, Frau Gräter, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

## **Anlage zu kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum Haushalt 2022/Stadt Leonberg:**

- Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen durch die Verwaltung
- Darstellung der Bevölkerungsentwicklung als Planungsgrundlage für  
    Infrastrukturmaßnahmen
- Umsetzung der Priorisierung von Aufgaben
- Wiederbesetzung der Stelle der Ordnungsamtsleitung
- keine Aufstockung des Etats im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, keine  
    zusätzliche Stelle
- max. 3 zusätzliche Stellen für das LuK
- Kompensation in der Kernverwaltung von Stellenzuwachs auf der einen Seite durch  
    Stellenabbau an anderer Stelle
- keine Stellenaufstockung im Bereich der Sachbearbeitung der Personalabteilung
- Gebäudemanagement: Vor Schaffung einer zusätzlichen Stelle Besetzung der  
    vorhandenen Stellen
- keine Stellenaufstockung im Bereich der Umweltplanung
- Gesamtkonzept Straßenplanung
- anstelle von 4,2 Million € für das Jahr 2022 für Stadtmitte/Eltinger Straße Euro 800.000  
für die Umsetzung kleinerer, bereits fertiggeplanter Maßnahmen
- Klärung des Themas Radweg zum Glemseck mit dem Land
- Realisierung des Radweges in Richtung Ditzingen
- Schutzstreifen für Radfahrer nach Höfingen
- Warmbronner See: Instandsetzung des Ablaufs
- Bushaltestellen Ortsmitte Gebersheim und Ortsmitte Warmbronn: Wetterschutz
- Vereinbarung des städtebaulichen Vertrages/Zahlungstermine Stadtumbaugebiet

- Verkauf städtischer Bauplätze am Heckenweg zum Haushaltsausgleich
- Umsetzung der Wohngebiete Berliner Straße und Unterer Schützenrain
- Stadthalle: Zeitnahe Umsetzung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen
- Erhalt des Alten Rathauses mit Verwaltungsnutzung
- Zurückstellung Schuhfabrik, Einstellung der Nutzung der alten Schuhfabrik durch städtische Einrichtungen
- keine Erweiterung des Rathauses oder Anmietung von Fremdflächen
- kurzfristiger Neubau der Grundschule Warmbronn
- keine zusätzlichen Interimslösungen bei Kindertagesstätten
- Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien, reguläre Bezuschussung auf max. 25 % begrenzen; bei Überschreiten des Zuschußsatzes im Einzelfall :Entscheidung durch das zuständige Gremium.
- Keinen Zuschuss für 2. Bühne Openair Warmbronn
- Stellplatzsatzung